



KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Brüssel, den 7.7.2004
SEK(2004) 891

ARBEITSDOKUMENT DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN

Anhang zum

**Bericht Der Kommission An Den Rat Und
Das Europäische Parlament**

**“Erster Bericht über die Überwachung der Umstrukturierung der Stahlindustrie
in der Tschechischen Republik und in Polen“**

{COM(2004)443 final}

1. EINFÜHRUNG

Bis jetzt konnten viele Unternehmen der Stahlindustrie in der Tschechischen Republik und in Polen nur mit staatlicher Unterstützung überleben. Aus diesem Grund wurden mit beiden Ländern Übergangsfristen vereinbart, während deren noch an bestimmte Unternehmen staatliche Beihilfen gezahlt werden dürfen. Die Höchstgrenze für staatliche Beihilfen wurde entsprechend den finanziellen Prognosen in den nationalen Umstrukturierungsprogrammen und den Geschäftsplänen der einzelnen Unternehmen festgelegt, die von der tschechischen und polnischen Regierung verabschiedet wurden und denen die Kommission 2002 und 2003 zugestimmt hat.

Die Gewährung der Ausnahmeregelung von der EU-Vorschriften über staatliche Beihilfen ist an die Erfüllung bestimmter Auflagen gebunden, die zwischen der EU und der Tschechischen Republik und Polen ausgehandelt wurden. Diese Auflagen, und zwar sowohl die Pflichten der einzelnen Regierungen als auch diejenigen der einzelnen Unternehmen, sind in den Protokollen zum Beitrittsvertrag niedergelegt. Das *Protokoll Nr. 2¹* betrifft die Umstrukturierung der tschechischen Stahlindustrie und das *Protokoll Nr. 8²* die Umstrukturierung der polnischen Stahlindustrie.

Darüber hinaus enthalten diese Protokolle auch ausführliche Bestimmungen betreffend die Überwachung der Einhaltung der Auflagen und der Berichterstattung darüber:

- Jedes Land legt der Kommission halbjährlich Berichte über die Umstrukturierung der begünstigten Unternehmen sowie über die Erfüllung der Auflagen und Pflichten des Protokolls vor.
- 2003, 2004, 2005 und 2006 wird eine unabhängige Bewertung durchgeführt.
- Die Kommission erstattet dem Rat Bericht.

Der vorliegende Bericht beschreibt die Fortschritte im Jahr 2003, dem ersten Jahr der Umstrukturierung, und enthält:

- eine länderspezifische Bewertung der staatlichen Beihilfen und der wichtigsten Benchmarks für die Umstrukturierung, die in den Anhängen zu den Protokollen definiert sind: Produktivität und Beschäftigung, Kostensenkung, Kapazitätsabbau und Rentabilität; sowie allgemeine Informationen über die tschechische und polnische Wirtschaftsentwicklung;
- Schlussfolgerungen bezüglich der Maßnahmen, die erforderlich sind, damit die begünstigten Unternehmen bis zum Ende des Umstrukturierungszeitraums rentabel sind.

¹ ABl. L 236 vom 23.9.2003, S. 934.

² ABl. L 236 vom 23.9.2003, S. 948.

Ein Resümee der in dem vorliegenden Arbeitsdokument beschriebenen Resultate und Schlußfolgerungen werden im Einklang mit den Bestimmungen der Protokolle zum Beitrittsvertrag in einen Bericht an den Rat und das Europäische Parlament weitergeleitet.

Die Fortschrittsberichte für den Rat werden jährlich erstellt. Der letzte Bericht über die Fortschritte im Jahr 2006 wird dementsprechend 2007 vorgelegt. Er wird auch eine umfassende Bewertung der während des gesamten Umstrukturierungsprozesses 2003-2006 erzielten Ergebnisse enthalten.

2. AUSFÜHRLICHER FORTSCHRITTSBERICHT ÜBER DIE UMSTRUKTURIERUNG DES TSCHECHISCHEN STAHLSEKTORS

Mit einer jährlichen Rohstahlproduktion von 6,5 Mio. Tonnen ist die Tschechische Republik hinter Polen der zweitgrößte Stahlerzeuger unter den neuen Mitgliedstaaten. Sie weist auch den größten Pro-Kopf-Stahlverbrauch auf, was auf die Dynamik der verarbeitenden Industrie zurückzuführen ist, wobei fast die Hälfte des heimischen Stahlverbrauchs auf den Maschinen- und Anlagenbau entfällt. Die Tschechische Republik ist Netto-Stahlexporteur. 2003 exportierte das Land 4,6 Mio. Tonnen, was eine Zunahme von 3 % gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Das Importniveau blieb konstant.

Das Protokoll weist die Umstrukturierungsbedingungen für die drei folgenden Stahlproduzenten aus: Ispat Nova Hut a.s., Vitkovice Steel a.s. und Valcovny Plechu Fridek-Mystek a.s.

2.1. Hauptentwicklungen in der Tschechischen Republik im Jahr 2003 und im ersten Quartal 2004

Am 21. Januar 2003 übermittelte die tschechische Regierung der Kommission die aktualisierte Fassung des nationalen Umstrukturierungsprogramms sowie die Geschäftspläne für die einzelnen Unternehmen. Sie wurden geändert um den von der EU genannten Umstrukturierungsbedingungen Rechnung zu tragen.

Am 31. Januar 2003 kam die Privatisierung von Nova Hut mit dem Erwerb der Aktienmehrheit durch LNM zum Abschluss. Im April 2003 wurde das Unternehmen in Ispat Nova Hut (INH) umbenannt.

Im Februar 2003 verabschiedete die tschechische Regierung eine EntschlieÙung über die Privatisierung des Unternehmens Vitkovice Steel a.s, das sich im Besitz von Osinek befindet, einer Tochtergesellschaft des Nationalen Vermögensfonds. Die Privatisierung soll mit einer öffentlichen Ausschreibung im Jahr 2004 weiterverfolgt werden.

In den Monaten März und September 2003 sowie im März 2004 legte die Tschechische Republik die halbjährlichen Berichte über die Umstrukturierung vor, die das Protokoll vorschreibt.

2.2. Makroökonomisches Umfeld und Marktentwicklungen

Die tschechische Wirtschaft verzeichnete 2003 eine gute Gesamtleistung. Das reale Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betrug 2,8 %. Die Industrieproduktion nahm um 6 % zu. Inflation und Zinsen waren weiter rückläufig. In beiden Fällen wurde das prognostizierte Niveau unterschritten.

Der allgemeine Wirtschaftsaufschwung in der Tschechischen Republik führte zu einer gegenüber dem Vorjahr um 2,7 % höheren Binnennachfrage für Stahlerzeugnisse. Der Lieferanteil einheimischer Stahlproduzenten verzeichnete ebenfalls einen Anstieg.

Da Eisenerz- und Schrottimporte in Dollar ausgewiesen werden, trugen auch noch der günstigere Wechselkurs zwischen CZK und USD sowie die höheren Einkünfte aus den gestiegenen Stahlpreisen in der Eurozone zur positiven Entwicklung der Wirtschaftsleistung tschechischer Stahlunternehmen bei.

2.3. Überwachung der staatlichen Beihilfen für den Stahlsektor in der Tschechischen Republik

Bestimmungen des Beitrittsvertrags

Laut Protokoll sind die staatlichen Beihilfen für die drei begünstigten Unternehmen im Zeitraum 1997-2003 auf 14,14 Mrd. CZK (437 Mio. €³) beschränkt. In dem Protokoll sind außerdem die Höchstbeträge festgelegt, die jedem einzelnen der drei begünstigten Unternehmen gewährt werden können.

Ergebnisse der Überwachung

Nach den der Kommission vorliegenden Erkenntnissen, gewährte die Tschechische Republik im Zeitraum 1997-2003 Umstrukturierungsbeihilfen von insgesamt 12 Mrd. CZK (371 Mio. €), davon 4,4 Mrd. CZK (136 Mio. €) im Jahr 2003. Der Gesamtbetrag an staatlichen Beihilfen und die konkreten Zahlen für die Beihilfen an die einzelnen begünstigten Unternehmen liegen unter den im Protokoll genannten Höchstbeträgen. Es sei darauf hingewiesen, dass der verbleibende Betrag der staatlichen Beihilfen, 15 % des im Protokoll genannten Höchstwerts, in der Zukunft nicht gewährt werden kann.

Die staatlichen Beihilfen spielten eine bedeutende Rolle bei der Umsetzung des nationalen Umstrukturierungsprogramms der Tschechischen Republik. Sie tragen wesentlich dazu bei, dass die Unternehmen rentabel werden. Die Beihilfen konzentrierten sich im Wesentlichen auf die finanzielle Umstrukturierung. Es galt, die Schuldenlast der Unternehmen zu verringern, um ihnen den Kapitalzugang zu erleichtern und ihre Übernahme durch einen strategischen Investor zu ermöglichen.

Die Bewertung zeigt, dass die staatlichen Beihilfen zwar geringer als geplant ausgefallen sind, dies wird aber keine kritischen Auswirkungen auf die Finanzplanung der begünstigten Unternehmen haben. Die gewährten Beihilfen

³

Wechselkurs CZK/EUR: 32,329 (Durchschnitt Dezember 2003).

dürften ausreichen, um bis zum Ende des Umstrukturierungszeitraums die Rentabilität der Unternehmen zu erreichen.

2.4. Überwachung der zentralen Benchmarks für die Umstrukturierung im tschechischen Stahlsektor

2.4.1. Produktivität und Beschäftigung

Bestimmungen des Beitrittsvertrags

Laut Protokoll „wird die Belegschaft umstrukturiert; bis zum 31. Dezember 2006 sind ... Produktivitätsniveaus zu erreichen, die den [von] ... der EU-Stahlindustrie erzielten Niveaus vergleichbar sind“.

Ergebnisse der Überwachung

In der tschechischen Stahlindustrie ist die Beschäftigung im letzten Jahrzehnt beträchtlich zurückgegangen. Insgesamt wurden von 1990 bis 2000 etwa 65 000 Arbeitsplätze abgebaut. Dies führte zu einem beträchtlichen Anstieg der Produktivität, die im Jahr 2003 mit den Produktivitätsniveaus der EU-Stahlproduzenten vergleichbar war. Der Trend zu einem niedrigeren Beschäftigungsniveau wird bis zum Ende des Umstrukturierungszeitraums anhalten, wobei die Zahlen allerdings langsamer sinken werden als in den 90er Jahren.

Die Überwachung zeigt, dass die Gesamtproduktivitätsrate der begünstigten Unternehmen im Jahr 2003 gegenüber dem Vorjahr um 11 % angestiegen ist. Dieser positive Trend dürfte sich in den kommenden Jahren fortsetzen.

Im Hinblick auf die sozialen Auswirkungen der Umstrukturierung des tschechischen Stahlsektors finden regelmäßig Gespräche mit den Interessengruppen statt, unter anderem mit der Metallgewerkschaft KOVO und den Behörden. Mit Regionalentwicklungsprogrammen wird die Schaffung neuer Arbeitsplätze in den Regionen gefördert, die von der Umstrukturierung im Stahlsektor betroffen sind. Es wird vorgeschlagen, das flankierende Sozialprogramm (Associated Social Programme), eine Besonderheit des Stahlsektors, bis zum Ende des Umstrukturierungszeitraums zu verlängern.

2.4.2. Kostensenkung

Bestimmungen des Beitrittsvertrags

Die Unternehmen sollen Kostensenkungsprogramme umsetzen.

Die Verringerung der Herstellungskosten sollte auf unterschiedlichen Wegen erreicht werden: Modernisierung der Anlagen, Abbau der Beschäftigung, Verringerung der Rohstoff- und Energiekosten, Verbesserungen beim Produktionsmanagement sowie Senkung der Kosten für externe Dienstleistungen wie Unterhaltung und Transport.

Ergebnisse der Überwachung

Im Jahr 2003 verzeichneten die Unternehmen bei der Kostensenkung ganz unterschiedliche Erfolge. Gleichwohl waren die Gesamtkosten - dem allgemeinen

Trend außerhalb der Tschechischen Republik folgend - insgesamt höher als erwartet. Die Beschäftigungskosten bewegten sich allgemein nach oben, was auf Lohnerhöhungen aufgrund der Tarifvereinbarungen für das Jahr 2003 zurückzuführen ist. Die Verteuerungen bei anderen Kostenfaktoren, beispielsweise Rohstoffen und Energie, wurden trotz stark gestiegener Input-Preise durch größere Betriebseffizienz teilweise ausgeglichen.

Alle begünstigten Unternehmen bemühen sich aktiv um die Überwachung und Beeinflussung ihrer Finanz-, Gemein- und Beschaffungskosten. Diese Anstrengungen müssen in den kommenden Jahren fortgesetzt werden.

In einigen Bereichen, beispielsweise beim Energie- und Rohstoffverbrauch, können die erforderlichen Kosteneinsparungen indessen nur durch Modernisierungsinvestitionen erreicht werden. 2003 verzögerten sich die meisten der in den jeweiligen Geschäftsplänen der drei begünstigten Unternehmen ausgewiesenen Investitionen, was auf fehlendes Investitionskapital und veränderte Eigentumsverhältnisse oder geänderte Einschätzung der Marktbedingungen zurückzuführen war. An den Kostensenkungsstrategien und den damit verbundenen Investitionen muss festgehalten werden.

2.4.3. *Kapazitätsabbau*

Bestimmungen des Beitrittsvertrags

Das Protokoll sieht vor, dass die Tschechische Republik im Zeitraum 1997-2006 die Nettokapazität bei Fertigerzeugnissen (warm- und kaltgewalzte Erzeugnisse) um mindestens 590 000 Tonnen verringert.

Es enthält einen Zeitplan für die Schließung und Stilllegung von Produktionsanlagen sowie für den Aufbau neuer Kapazitäten. Der Abbau von Produktionskapazitäten muss über die tatsächliche Demontage der Anlagen erreicht werden.

Ergebnisse der Überwachung

Für 2003 war kein Kapazitätsabbau geplant. Die Unternehmen haben bekräftigt, dass die für den Zeitraum 2004-2006 geplanten Schließungen erfolgen würden.

2.4.4. *Rentabilität*

Bestimmungen des Beitrittsvertrags

Das Protokoll sieht Folgendes vor: „Unter Berücksichtigung der besonderen Regeln für die Rechnungslegung, die die Kommission anwendet, muss jedes begünstigte Unternehmen spätestens am 31. Dezember 2006 ein jährliches Brutto-Betriebsergebnis in Prozent vom Umsatz in bestimmter Mindesthöhe (10 % bei nichtintegrierten Stahl verarbeitenden Unternehmen, 13,5 % bei Verbundstahlwerken) sowie eine Mindesteigenkapitalrendite von 1,5 % des Umsatzes erzielen“.

Ergebnisse der Überwachung

Das Hauptziel des Umstrukturierungsprozesses und aller geplanten Maßnahmen im Rahmen des nationalen Umstrukturierungsprogramms sowie der Geschäftspläne für die einzelnen Unternehmen besteht darin, die Rentabilität der Unternehmen unter normalen Marktbedingungen zu erreichen. Mit dem von den Dienststellen der Kommission ausgearbeiteten Instrument der Rentabilitätsbewertung lassen sich die finanziellen Auswirkungen der einzelnen Umstrukturierungsmaßnahmen erfassen, die laut den Geschäftsplänen der Unternehmen geplant sind. Die Rentabilitätsindikatoren sind in dem angemessenen Zeitrahmen zu berücksichtigen. Im ersten Jahr der Überwachung sollte bei der Bewertung der Rentabilitätsprognosen berücksichtigt werden, dass die Ziele nicht in einem einzigen Jahr erreicht werden müssen; vielmehr sollen die Unternehmen erst Ende 2006 die Rentabilität erreichen.

Aus den Ende 2003 verfügbaren Daten lässt sich ablesen, dass eines der Unternehmen auf dem besten Wege ist, das Rentabilitätsziel bis Ende 2006 zu erreichen. Bei den beiden anderen Unternehmen gab es Verzögerungen bei den geschäftsplanmäßig vorgesehenen Investitionen; dies könnte die Unternehmen daran hindern, die Kosten zu senken und höhere Einnahmen aus dem Verkauf höherwertiger Erzeugnisse zu erzielen.

Beide begünstigte Unternehmen müssen ihre Umstrukturierungsbemühungen verstärken und die geplanten Investitionen vorantreiben, insbesondere die im Protokoll vorgesehenen Investitionen. Es handelt sich hierbei um Schlüsselfaktoren, die gewährleisten, dass die Rentabilität bis zum Ende des Umstrukturierungszeitraums erreicht werden kann. Ferner wurde die wichtige Funktion eines etwaigen strategischen Investors betont, der nicht nur den Zugang zu Darlehen erleichtert und die diesbezügliche finanzielle Transparenz verbessert, sondern auch die Vorteile einer breiteren Vertriebsorganisation und einer Steigerung der Direktverkäufe eröffnet.

2.5. Sonstige Auflagen des Protokolls

2.5.1. Umweltschutz

Das Protokoll schreibt vor, dass die begünstigten Unternehmen zum Zeitpunkt des Beitritts die einschlägigen EU-Rechtsvorschriften auf dem Gebiet des Umweltschutzes einhalten und insbesondere die dazu erforderlichen Investitionen tätigen müssen.

Im Einklang mit den tschechischen Umweltschutzvorschriften, deren Emissionsgrenzwerte den Gemeinschaftsvorschriften gerecht werden, mussten die tschechischen Stahlunternehmen in entsprechende Sanierungsanlagen, z. B. zur Sinteranlagen-Entstaubung oder Abwasserbehandlung, oder in den Bau neuer Abfalldeponien investieren. 2003 traten neue Gesetze in Kraft, die verschärfte Emissionsgrenzwerte festlegten, die in einigen Fällen über die derzeitigen EU-Vorgaben hinausgehen. Die Tschechische Republik muss sich auf die Durchsetzung der EU-Rechtsvorschriften, insbesondere der Richtlinie über die integrierte

Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (IPPC-Richtlinie)⁴, einstellen; danach müssen die Unternehmen bis spätestens Oktober 2007 über eine integrierte Genehmigung verfügen. Die Tschechische Republik hat keine Übergangsfrist für die Anwendung der IPPC-Richtlinie beantragt.

Die begünstigten Unternehmen haben integrierte Genehmigungen beantragt und investieren derzeit in die besten verfügbaren Technologien, die zur Einhaltung der IPPC-Richtlinie erforderlich sind. Jedes Unternehmen hat darüber hinaus ein Umweltmanagementsystem nach ISO 14 000 eingeführt, um die Einhaltung der Rechtsvorschriften zu erleichtern. Es gibt klare Signale von allen begünstigten Unternehmen, dass sie die nötigen Schritte unternehmen wollen, um bis 2007 die integrierten Genehmigungen nach Maßgabe der EU-Rechtsvorschriften zu erhalten.

2.5.2. *Liberalisierung des Kohlemarkts*

Das Protokoll bestimmt Folgendes: „Die Tschechische Republik beseitigt nach Maßgabe des Besitzstands bis zum Beitritt die Handelshemmnisse auf dem Kohlemarkt, so dass tschechische Stahlunternehmen Kohle zu Weltmarktpreisen beziehen können“.

2003 waren die Kohleimporte auf 2,44 Mio. Tonnen beschränkt. Nach den einschlägigen Bestimmungen des Protokolls hat sich die Tschechische Republik auf die Liberalisierung ihres Kohlemarkts ab 2004 vorbereitet; dies wird zu einer Verringerung der Produktionskosten im tschechischen Stahlsektor beitragen.

2.5.3. *Vysoké Pece Ostrava*

Gemäß dem Protokoll „wird das Werk Vysoké Pece Ostrava durch den Erwerb des uneingeschränkten Eigentums an diesem Werk in den organisatorischen Rahmen von Nová Hut' eingegliedert“.

Im Februar 2003 wurde das bis dahin unabhängige Werk Vysoké Pece Ostrava („Hochöfen von Ostrava“), das Roheisen für INH und VS produziert, in das Unternehmen INH integriert, das alle Aktien dieses Unternehmens übernahm.

3. **AUSFÜHRLICHER FORTSCHRITTSBERICHT ÜBER DIE UMSTRUKTURIERUNG DES POLNISCHEN STAHLSEKTORS**

Polen ist mit einer Rohstahlproduktion von 9,1 Mio. Tonnen im Jahr 2003 der größte Stahlproduzent unter den neuen Mitgliedstaaten. Das Land ist Netto-Stahlexporteur. 2003 verzeichnete es einen leichten Anstieg der Exporte um 1 % auf 3,5 Mio. Tonnen.

Dem Stahlsektor kommt eine volkswirtschaftliche Schlüsselrolle zu. Er zeichnet sich durch eine starke regionale Konzentration aus. Es gibt 17 Stahlunternehmen. Auf den wichtigsten Stahlkonzern, Polskie Huty Stali (PHS), entfallen 69 % der Gesamtproduktion und 58 % der Gesamtbeschäftigung des Sektors.

⁴ ABl. L 257 vom 10.10.1996, S. 26.

In dem Protokoll sind die Umstrukturierungsbedingungen für die folgenden acht Stahlproduzenten festgelegt: PHS, Huta Andrzej, Huta Bankowa, Huta Batory, Huta Buczek, Huta Lucchini-Warszawa (HLW), Huta Łabędy and Huta Pokój.

3.1. Hauptentwicklungen in Polen im Jahr 2003 und im ersten Quartal 2004

Die endgültige Fassung des nationalen Umstrukturierungsprogramms wurde am 25. März 2003 von der polnischen Regierung verabschiedet. Die neue Planung wurde von der Kommission⁵ positiv bewertet. Außerdem schlug sie die Verlängerung des Zeitraums vor, während dessen staatliche Beihilfen zur Umstrukturierung gewährt werden können. Am 21. Juli 2003 verabschiedete der Rat einen Beschluss, mit dem er die polnische Regierung ermächtigte, diesen Zeitraum bis zum Beitritt zu verlängern⁶.

Huta Andrzej ging am 21. Februar 2003 in Konkurs. Die polnischen Behörden schlossen das Unternehmen aus dem Kreis der nach dem nationalen Umstrukturierungsprogramm beihilfeberechtigten Unternehmen aus.

Die Privatisierung des PHS-Konzerns ist ein Kernbestandteil des nationalen Umstrukturierungsprogramms. Die Privatisierungsvereinbarung mit dem Käufer, LNM, wurde am 27. Oktober 2003 unterzeichnet und am 5. März 2004 zum Abschluss gebracht, nachdem die Kommission die Transaktion am 5. Februar 2004⁷ genehmigt und als mit der EU-Fusionskontrollverordnung vereinbar erklärt hatte. Nach Abschluss der Privatisierung wurde PHS in Ispat Polska Stal (IPS) umbenannt. Die Privatisierung verzögerte die Umstrukturierung des Unternehmens fast ein Jahr lang.

Im September 2003 sowie im März 2004 legte Polen den ersten und zweiten halbjährlichen Bericht über die Umstrukturierung vor, den das Protokoll vorschreibt.

3.2. Makroökonomisches Umfeld und Entwicklungen am Stahlmarkt

Die positive Entwicklung der polnischen Wirtschaft seit 2002 setzte sich im Jahr 2003 fort. Das Bruttoinlandsprodukt stieg um 3,7 %, die Industrieproduktion legte um 7,7 % zu. Inflation und Zinsen waren weiter rückläufig. Entgegen den Prognosen war der Wechselkurs des PLN gegenüber dem Dollar stabiler und gegenüber dem Euro schwächer.

Die Wirtschaftsleistung des Landes spiegelte sich in dem um 7,2 % höheren Stahlverbrauch wider, trotz rückläufiger Tendenz im Bausektor. Die gestiegene Nachfrage wurde im Wesentlichen durch Importe gedeckt, die um 10 % zunahmen. Der Anteil der Importe am Verbrauch stieg auf 43 %.

Die höheren Stahlpreise in der Eurozone hatten positive Auswirkungen auf die polnischen Unternehmen. Der schwächere Wechselkurs des PLN gegenüber dem

⁵ SEK(2003) 621.

⁶ ABl. L 199 vom 07.08.2003, S. 17.

⁷ Entscheidung der Kommission vom 05/02/2004 zur Vereinbarkeit eines Zusammenschlusses mit dem Gemeinsamen Markt (Fall IV/M.3326 - LNM / PHS) gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates (Nur der englische Text ist verbindlich).

Euro verringerte die Wettbewerbsfähigkeit importierter Erzeugnisse und begünstigte den Export. Der stabilere Wechselkurs des PLN gegenüber dem US-Dollar dürfte sich positiv auf die Preise für Eisenerz und Schrott ausgewirkt haben, die in Dollar ausgewiesen werden.

3.3. Überwachung der staatlichen Beihilfen für den Stahlsektor in Polen

Bestimmungen des Beitrittsvertrags

Im Protokoll ist der Höchstbetrag für staatliche Beihilfen, die bis zum 31. Dezember 2003 gewährt werden dürfen, auf 3,387 Mrd. PLN (727 Mio. €⁸) festgesetzt. Im nationalen Umstrukturierungsprogramm sind die entsprechenden Höchstbeträge für die einzelnen Stahlunternehmen aufgeführt.

Ergebnisse der Überwachung

Nach den der Kommission vorliegenden Erkenntnissen gewährte Polen im Zeitraum 1997-2003 Umstrukturierungsbeihilfen von insgesamt 2,750 Mrd. PLN (590 Mio. €), davon 2,1 Mrd. PLN (450 Mio. €) im Jahr 2003. Der Gesamtbetrag an staatlichen Beihilfen liegt unter den im Protokoll genannten Höchstbeträgen. Es sei darauf hingewiesen, dass der verbleibende Betrag der staatlichen Beihilfen, 20 % des im Protokoll genannten Höchstwerts, in der Zukunft nicht gewährt werden kann.

Die staatlichen Beihilfen spielten eine bedeutende Rolle bei der Umsetzung des nationalen Umstrukturierungsprogramms Polens. Sie tragen wesentlich dazu bei, dass die Unternehmen rentabel werden. Die Beihilfen konzentrierten sich im Wesentlichen auf die finanzielle Umstrukturierung. Es galt, die Schuldenlast der Unternehmen zu verringern, um ihnen den Kapitalzugang zu erleichtern und ihre Übernahme durch einen strategischen Investor zu ermöglichen.

Die Bewertung zeigt, dass die staatlichen Beihilfen zwar geringer als geplant ausgefallen sind, dies wird aber keine kritischen Auswirkungen auf die Finanzplanung der begünstigten Unternehmen haben. Die gewährten Beihilfen dürften ausreichen, um bis zum Ende des Umstrukturierungszeitraums die Rentabilität der Unternehmen zu erreichen.

3.4. Überwachung der zentralen Benchmarks für die Umstrukturierung im polnischen Stahlsektor

3.4.1. Produktivität

Bestimmungen des Beitrittsvertrags

Laut Protokoll „wird die Belegschaft umstrukturiert; bis zum 31. Dezember 2006 sind ... Produktivitätsniveaus zu erreichen, die den [von] ... der EU-Stahlindustrie erzielten Niveaus vergleichbar sind“.

Ergebnisse der Überwachung

⁸ Wechselkurs PLN/EUR: 4,6595 (Durchschnitt Dezember 2003).

Die Überwachung zeigt, dass die Gesamtproduktivitätsrate der untersuchten Unternehmen 2003 hinter den Prognosen zurückblieb. Die Gesamtproduktivität des Sektors wurde von den Verzögerungen bei der Privatisierung von PHS beeinträchtigt; dort beeinflusste die Entwicklung bei den indirekten Arbeitsplätzen maßgeblich die Produktivitätsrate. Nach der erfolgreich abgeschlossenen Privatisierung von PHS ist zu erwarten, dass die Spin-off-Strategie überarbeitet wird, damit ein positiver Effekt erzielt werden kann.

Das Produktivitätsniveau insgesamt bleibt hinter dem EU-Durchschnitt zurück. Die Anstrengungen müssen verstärkt werden, wenn der im Protokoll geforderte Produktivitätszuwachs erzielt werden soll.

3.4.2. *Kostensenkung*

Bestimmungen des Beitrittsvertrags

Die Unternehmen sollen Kostensenkungsprogramme umsetzen.

Das nationale Umstrukturierungsprogramm Polens sieht für den Zeitraum 2002-2006 eine Verringerung der Produktionskosten von insgesamt 2,332 Mrd. PLN (500 Mio. €) vor. 2003 sollten davon 118 Mio. PLN (25 Mio. €) erzielt werden, das sind 5 % der prognostizierten Gesamtverringerung.

Die Verringerung der Herstellungskosten sollte auf unterschiedlichen Wegen erreicht werden: Modernisierung der Anlagen, Abbau der Beschäftigung, Senkung der Rohstoff- und Energiekosten, Verbesserungen beim Produktionsmanagement sowie Verringerung der Kosten für externe Dienstleistungen wie Unterhaltung und Transport.

Ergebnisse der Überwachung

Die Überwachung hat ergeben, dass alle Unternehmen im Jahr 2003 einen beträchtlichen Anstieg der Gesamtkosten im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum verzeichnen mussten, trotz des geringen Inflationsdrucks in Polen.

Die Hauptursachen für diesen Kostenanstieg sind bei den höheren Weltmarktpreisen für Rohstoffe und der Strategie zum Outsourcing von Dienstleistungen des Unternehmens PHS zu suchen. Negativ auf die Kosten wirkten sich darüber hinaus auch die Verzögerungen bei den geplanten Investitionen vieler Unternehmen aus, vor allem der Unternehmen, die eine Verringerung des Energie- und Rohstoffverbrauchs anstrebten.

Die Unternehmen werden ihre Strategie des Outsourcing von Dienstleistungen überdenken müssen, damit positive Kosteneffekte erzielt werden können. Investitionsvorhaben müssen vorangetrieben werden, damit der Rückstand aufgeholt und die Vorgaben eingehalten werden. Dies ist besonders wichtig vor dem Hintergrund des erwähnten Preisanstiegs bei Rohstoffen, der sich 2004 fortsetzen dürfte. Die Kostensenkungsstrategie sollte in anderen Kostenkategorien intensiviert werden, um diesem Anstieg entgegenzuwirken.

3.4.3. Kapazitätsabbau

Bestimmungen des Beitrittsvertrags

Nach Maßgabe des Beitrittsvertrags soll Polen im Zeitraum 1997-2006 einen Netto-Kapazitätsabbau bei Fertigerzeugnissen von mindestens 1,231 Mio. Tonnen erreichen. Dieser Gesamtbetrag beinhaltet einen Netto-Kapazitätsabbau von mindestens 715 000 Tonnen bei warmgewalzten und 716 000 Tonnen bei kaltgewalzten Erzeugnissen sowie einen Kapazitätsaufbau von höchstens 200 000 Tonnen bei anderen Fertigerzeugnissen. Der tatsächlich zu erreichende Kapazitätsabbau und der diesbezügliche Zeitrahmen wurden auf der Grundlage des endgültigen Umstrukturierungsprogramms Polens und der Geschäftspläne der einzelnen Unternehmen im Rahmen des Europa-Abkommens festgelegt.

Der Abbau von Produktionskapazitäten muss über die tatsächliche Demontage der Anlagen erreicht werden.

Für 2002 und 2003 war die Stilllegung von Produktionskapazitäten in der Größenordnung von 901 000 geplant.

Ergebnisse der Überwachung

Nach den der Kommission vorliegenden Erkenntnissen wurden die Kapazitäten in den Jahren 2002 und 2003 wie geplant abgebaut.

3.4.4. Rentabilität

Bestimmungen des Beitrittsvertrags

Der Beitrittsvertrag sieht Folgendes vor: „Unter Berücksichtigung der besonderen Regeln für die Rechnungslegung, die die Kommission anwendet, muss jedes begünstigte Unternehmen spätestens am 31. Dezember 2006 ein jährliches Brutto-Betriebsergebnis in Prozent vom Umsatz in bestimmter Mindesthöhe (10 % bei nichtintegrierten Stahl verarbeitenden Unternehmen, 13 % bei Verbundstahlwerken) sowie eine Mindesteigenkapitalrendite von 1,5 % des Umsatzes erzielen“.

Ergebnisse der Überwachung

Das Hauptziel des Umstrukturierungsprozesses und der geplanten Maßnahmen im Rahmen des nationalen Umstrukturierungsprogramms besteht darin, die Rentabilität der begünstigten Unternehmen unter normalen Marktbedingungen zu erreichen. Mit dem von den Dienststellen der Kommission ausgearbeiteten Instrument der Rentabilitätsbewertung lassen sich die finanziellen Auswirkungen der einzelnen Umstrukturierungsmaßnahmen erfassen, die laut den Geschäftsplänen der Unternehmen geplant sind. Die Rentabilitätsindikatoren sind in dem angemessenen Zeitrahmen zu berücksichtigen. Im ersten Jahr der Überwachung sollte bei der Bewertung der Rentabilitätsprognosen berücksichtigt werden, dass die Ziele nicht in einem einzigen Jahr erreicht werden müssen; vielmehr sollen die Unternehmen erst Ende 2006 die Rentabilität erreichen.

Die Überwachung hat bisher ergeben, dass einige der geplanten Rentabilitätsmaßnahmen für die begünstigten Unternehmen in Angriff genommen

wurden, z. B. die Stilllegung ineffizienter Kapazitäten, Umschuldung durch geplante staatliche Beihilfen oder organisatorische Änderungen.

Es wurden indessen beträchtliche Verzögerungen bei der Umstrukturierung festgestellt, die das Erreichen der Rentabilitätsschwelle bis 2006 infrage stellen könnten. Damit die Rentabilität erreicht wird, sollten die Umstrukturierungsbemühungen aller Unternehmen in den kommenden Jahren verstärkt werden, vor allem, was die Umsetzung der Investitions- und der Kostensenkungsstrategie betrifft. Darüber hinaus müssen die Unternehmen unbedingt auch ihre Geschäftsmanagement- und ihre Absatzstrategie verbessern, um von den guten Marktbedingungen zu profitieren und ihren Gesamtumsatz zu maximieren.

3.5. Umweltschutz

Der Beitrittsvertrag sieht für Polen eine Übergangsregelung für den Besitzstand im Bereich Umweltschutz vor. Er enthält eine Liste der Anlagen, denen eine Ausnahmegenehmigung hinsichtlich der IPPC-Richtlinie bis Dezember 2010 erteilt wurde. Aufgelistet sind die Unternehmen Huta Sendzimira (Teil von PHS), Huta Andrzej, Huta Częstochowa, Huta Batory, Huta Jedność und Huta Laziska. Die nicht aufgeführten Unternehmen müssen bis Mai 2007 eine integrierte Genehmigung erhalten.

Die Überwachung verzeichnet einige Erfolge bei den geplanten umweltbezogenen Aufgaben. Als positiv kann vermerkt werden, dass die meisten Unternehmen ein Umweltmanagementsystem nach ISO 14 000 angenommen haben.

Die Einhaltung des Umweltbesitzstandes der EU muss innerhalb des vorgegebenen Zeitrahmens gewährleistet sein.

4. HANDEL MIT STAHLERZEUGNISSEN - SCHLÜSSELZAHLEN FÜR DIE TSCHECHISCHE REPUBLIK UND POLEN

Quelle: Europäische Kommission, Internationales Eisen- und Stahlinstitut

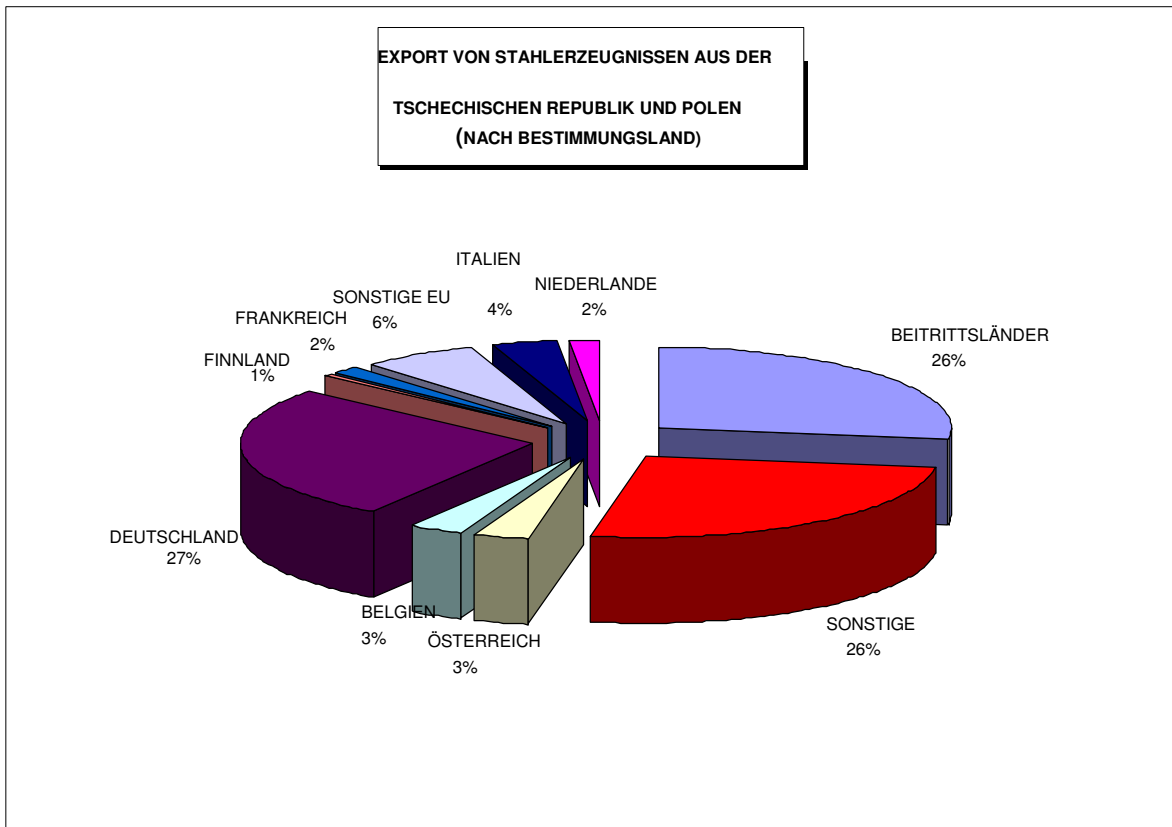
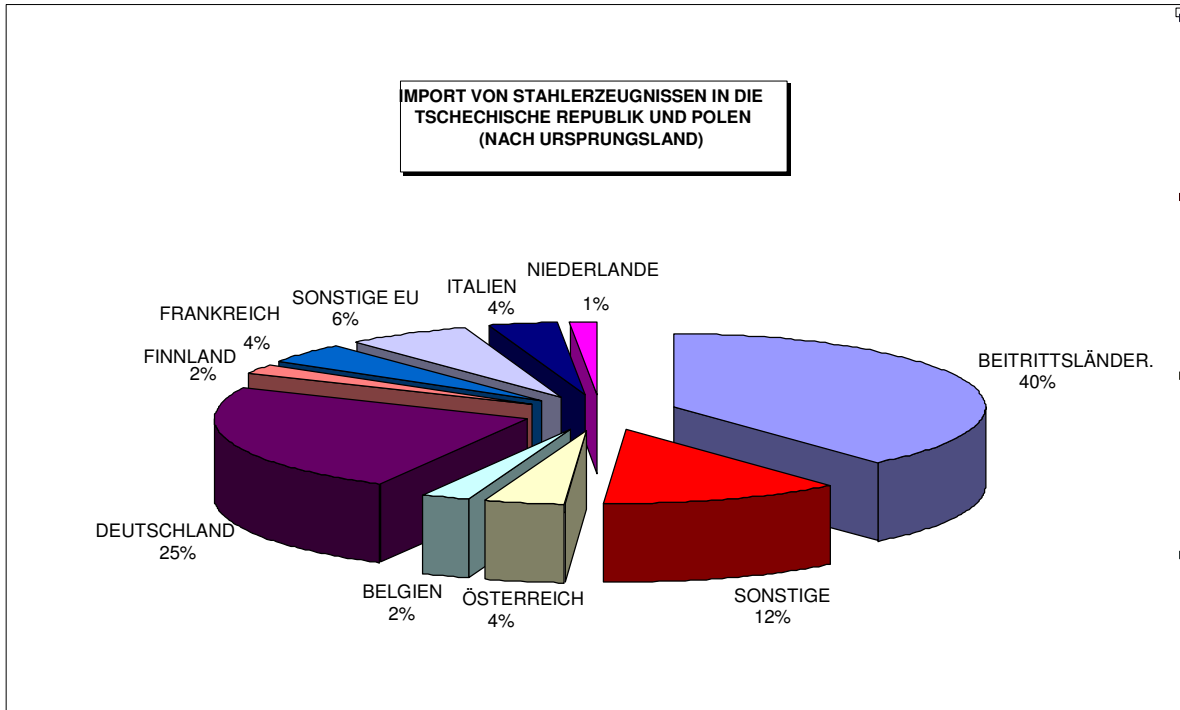


Tabelle I. Import von Stahlerzeugnissen in die Tschechische Republik (nach Ursprung)

Mio. Tonnen

| | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 |
|-----------------|------|------|------|------|------|
| EU15 | 0,8 | 1,0 | 1,2 | 1,3 | 1,4 |
| Beitrittsländer | 1,3 | 1,4 | 1,5 | 1,4 | 1,4 |
| Sonstige | 0,2 | 0,2 | 0,2 | 0,3 | 0,2 |
| Insgesamt | 2,3 | 2,6 | 2,9 | 3 | 3 |

Tabelle II. Export von Stahlerzeugnissen aus der Tschechischen Republik (nach Bestimmung)

Mio. Tonnen

| | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 |
|-----------------|------|------|------|------|------|
| EU15 | 2,0 | 2,1 | 2,1 | 2,1 | 2,1 |
| Beitrittsländer | 1,2 | 1,3 | 1,6 | 1,4 | 1,5 |
| Sonstige | 0,6 | 0,7 | 0,7 | 0,9 | 1,0 |
| Insgesamt | 3,8 | 4,1 | 4,4 | 4,4 | 4,6 |

Tabelle III. Import von Stahlerzeugnissen nach Polen (nach Ursprung)

Mio. Tonnen

| | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 |
|-----------------|------|------|------|------|------|
| EU15 | 0,8 | 1,1 | 1,4 | 1,4 | 1,6 |
| Beitrittsländer | 0,8 | 0,8 | 1,0 | 0,9 | 1,0 |
| Sonstige | 0,4 | 0,3 | 0,5 | 0,4 | 0,5 |
| Insgesamt | 2 | 2,2 | 2,9 | 2,7 | 3,1 |

Tabelle IV. Export von Stahlerzeugnissen aus Polen (nach Bestimmung)

Mio. Tonnen

| | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 |
|-----------------|------|------|------|------|------|
| EU15 | 1,6 | 2,1 | 2,0 | 1,6 | 1,8 |
| Beitrittsländer | 0,5 | 0,6 | 0,8 | 0,8 | 0,7 |
| Sonstige | 0,9 | 1,0 | 0,8 | 1,0 | 1,1 |
| Insgesamt | 3 | 3,7 | 3,6 | 3,4 | 3,5 |

